



Darfur

Entwicklung des Konfliktes

Teil II – Entwicklung seit 2007

INHALTSVERZEICHNIS:

II. Darfur – Geschehnisse seit 2007	1
1. Konfliktparteien und Konfliktintensität – Darfur ein <i>low intensity conflict</i> ?	1
2. Humanitäre Situation	4
3. Spill-Over Problem an der Grenze zum Tschad	6
4. UNAMID.....	7
5. Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes gegen Bashir	9
6. Ausblick.....	10

Vorwort

Die vorliegende Dokumentation gibt einen Überblick über den Konflikt in Darfur, seine Ursachen und seine Entwicklung. Sie ist untergliedert in 2 Teile.

Teil I wurde verfasst von Alfred Buss, Sprecher der Sudan Koordinationsgruppe von Amnesty International. Er beschreibt historische Entwicklungen seit dem 14. Jahrhundert, gibt einen Überblick über die Geographie und Bevölkerung Darfurs und zeigt grundlegende Entwicklungen hin zum Ausbruch des Konfliktes 2003 auf. Desweiteren verfolgt Teil I das Geschehen in der Krisenregion Darfur bis Ende 2007 zu dem Punkt, an dem die UNAMID Friedensmission anfängt, ihre Arbeit aufzunehmen.

Teil II, verfasst von Julia Mosthaf, Mitglied der Sudan Koordinationsgruppe, setzt an wo Teil I aufhört und gibt einen Überblick über Geschehnisse seit 2007, die für Entwicklungen in der Krisenregion Darfur von Relevanz sind.

II. Darfur – Geschehnisse seit 2007

Dem Konflikt und der humanitären Situation in Darfur wurde seit 2003 phasenweise viel mediale Aufmerksamkeit zu Teil. Trotz dieser Aufmerksamkeit, trotz Resolutionen des UN Sicherheitsrates (UNSC), trotz der Übergabe des Falles an den internationalen Strafgerichtshof (ISGH) und trotz des „neuen“ humanitären Paradigmas des 21. Jahrhunderts der *Responsibility to Protect*^{1 2} dauern Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und möglicherweise Völkermord in Darfur bis heute an.

In den vergangenen zwei Jahren allerdings unterlief der Konflikt in Darfur einem Wandel. Verglichen mit 2003/2004 gab es weniger Tote, die Konflikt-Parteien haben sich zersplittert und die Fronten haben sich vervielfacht. In 2008 gab es wieder verstärkt Gewalt, was den Zugang für internationale Hilfsorganisationen erschwerte. Das internationale Peacekeeping ist (noch) nicht erfolgreich und eine politische Lösung scheint weit entfernt.

Um einen strukturierten Überblick über den Fortlauf der Ereignisse und die derzeitige Situation in Darfur geben zu können, wird im Folgenden der Komplex in Unterbereiche aufgeteilt, um diese einzeln betrachten zu können: a) wer sind heute die Konfliktparteien und wie intensiv dauert der Konflikt bis heute an, b) die humanitäre Situation in Darfur, c) das Spill-Over-Problem des Konfliktes an der Grenze zum Tschad, d) die UNAMID Mission und schließlich e) der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes u.a. gegen Präsident Bashir.

1. Konfliktparteien und Konfliktintensität – Darfur ein *low intensitiy conflict*?

Allgemein werden die zwei Konfliktlager Sudanesische Regierung mit den Janjaweed (hauptsächlich arabische Reitermilizen) versus Rebellen-Gruppen, die behaupten, sich gebildet zu haben, um gegen ökonomisch sowie politische Marginalisierung anzukämpfen, unterschieden. Von beiden Seiten hielten die Angriffe 2008 und 2009 an. So gab es beispielsweise Luft- und Bodenangriffe der Regierung in West Darfur im Februar 2008. Im Mai 2008 gelang JEM ein Angriff auf Khartum – der erste Anschlag auf die Hauptstadt seit 30 Jahren. Im August 2008 griffen Regierungstruppen ein Flüchtlingslager (Kalma) in Süddarfur an und töteten über 30 Flüchtlinge. Die regierende *National Congress Party* (NCP) weist Anschuldigungen weiterhin zurück und fährt fort, das Ausmaß des Konfliktes herunterzuspielen. Im Verlauf des Konfliktes haben sich insbesondere auf Rebellenseite

¹ Das Konzept *Responsibility to Protect* (= Verantwortung zu beschützen) ist das Produkt der *International Commission of Intervention and State Sovereignty* (ICISS), die 2000/2001 ein 1-jähriges UN Mandat hatte, weltweit politischen Konsens zu schaffen, wie im Angesicht schrecklicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus dem UN-System heraus gehandelt werden kann. Der finale Bericht zielt darauf ab, das Paradigma der Souveränität in der UN Charta zu entwerten und ihm das Paradigma der Menschenrechte überzuordnen. Die *Responsibility to Protect* besagt somit, dass ein souveräner Staat die Verantwortung hat, seine Bürger vor Verbrechen zu schützen. Ist der Staat dazu nicht in der Lage oder nicht willens, wandert die Verantwortung zu beschützen an die internationale Gemeinschaft, die dann auch die Souveränität des Staates, dessen Bürger beschützt werden müssen, verletzen darf.

² INTERNATIONAL COMMISSION ON INTERVENTION AND STATE SOVEREIGNTY (2001) *The Responsibility to Protect*. Ottawa, Canada. Abgerufen am 13. Juli 2009 unter: <http://www.iciss.ca/menu-en.asp>

die Konfliktparteien zersplittert. Ein Report von Amnesty International³ berichtet, dass es Ende 2007 über 30 bewaffnete Gruppen in Darfur gab (eingeschlossen arabische Gruppen). Diese bewaffneten Gruppen formieren sich nach wie vor zum großen Teil entlang ethnischer Linien. Janjaweed Milizen, die gemeinhin nicht-arabische Gruppen mit Unterstützung von Regierungstruppen attackieren, haben sich allerdings nun zum Teil gegen die Regierung gewandt. Auch das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) statiiert vermehrt Zersplitterung und Clan-Rivalitäten seit Juni 2007⁴:

„während Auseinandersetzungen bis dahin [Juni 2007] v.a. zwischen der Regierung (bzw. Milizen) und verschiedenen Rebellengruppen in Darfur stattfinden, kommt es nun vermehrt zu Kämpfen innerhalb der Stämme;“

In einer ZIF Übersicht³ werden als Interessengruppen auf Regierungsseite die zwei aus der *National Islamic Front* (NIF) hervorgegangenen Parteien **Popular Congress** und die **National Congress Party** (NCP) unterschieden. Der *Popular Congress* steht unter der Führung Hassan al-Turabis – Anführer der sudanesischen Fraktion der *Muslim Brothers*⁵, der Bashir 1989 zum Präsidentenamt verhalf, mittlerweile aber als sein Rivale gesehen wird⁶. Die *National Congress Party* (NCP) ist Regierungspartei und wird von Präsident Umar Hasan Ahmad al-Bashir angeführt. Außerdem gibt es auf Regierungsseite die **Popular Defense Forces** (PDF; ein per Gesetz geschaffenes Paramilitär, das die islamische Ideologie im Land propagieren soll) und die **Janjaweed** (nomadische und als arabisch geltende Milizen, die von der Regierung unterstützt und gar in reguläre Streitkräfte integriert werden, um kooperativ den Kampf gegen Rebellen in Darfur zu führen).

Auf der Rebellenseite sind auch 2008/2009 grundlegend die beiden Rebellengruppen **Sudan Liberation Movement/Army** (SLM/A) und **Justice and Equality Movement** (JEM) zu differenzieren. Diese beiden kooperieren militärisch und politisch, allerdings bekämpfen sie sich auch. Die SLM/A ist ein Zusammenschluss aus Kämpfern der Fur, Masailit und Zaghawa, das durch Eritrea, Tschad, teilweise auch durch Libyen und weitere Staaten unterstützt wird. Das JEM unter Khalil Ibrahim verfügt über stärker ausgeprägte politische Strukturen als SLM/A und lehnt das *Darfur Peace Agreement* (DPA) ab. Auch JEM wird durch Eritrea, Tschad, Libyen und weitere Staaten unterstützt. Wie bereits erwähnt gründeten sich mit der Zeit immer mehr Splittergruppen beider großer Rebellengruppen sowie andere politische und militärische Bündnisse und Dachverbände. Außerdem wird seit einiger Zeit auch von Zusammenschlüssen zwischen sich ehemals bekämpfender Gruppen berichtet. Eine Tabelle, die dieser Dokumentation unten anhängt, gibt eine Übersicht, die sich an eine ZIF Veröffentlichung³ von 2009 anlehnt. Diese Übersicht der Landschaft der Interessengruppen in Darfur zeigt, wie komplex die Situation geworden ist. Zum

³ AMNESTY INTERNATIONAL (2008) *Sudan – Amnesty International Report 2008. Human Rights in Republic of Sudan*. London: Amnesty International. Abgerufen am 23. Juni 2008 unter: <http://www.amnesty.org/en/region/sudan/report-2008>

⁴ ZENTRUM FÜR INTERNATIONALE FRIEDENSEINSÄTZE (2009) *Konfliktentwicklung – Darfur*. Berlin: ZIF. Abgerufen am 25. Juni 2009 unter: http://www.ZIF-berlin.org/fileadmin/uploads/analyse/dokumente/veroeffentlichungen/Darfur_April_09_final.pdf

⁵ Die *Muslim Brothers* (muslimische Bruderschaft) ist eine multi-nationale sunnitisch-islamische Bewegung und die größte und einflussreichste islamische Gruppe der Welt.

⁶ GLOBALSECURITY.ORG (24. Oktober, 2007) *DLF, SLM, SLA, JEM*. Abgerufen am 08. Juni 2009 unter: <http://www.globalsecurity.org/military/world/para/darfur.htm>

einen erschwert die Zersplitterung den Friedenprozess, zum anderen ist eine klare Trennung in zwei gegeneinander kämpfende Lager nicht mehr strikt möglich. Besonders die Tatsache, dass Rebellen zum Teil mit Janjaweed Milizen und mit der Regierung kooperieren und Janjaweed Milizen zum Teil gegen die sudanesisische Regierung oder staatliche Einrichtungen (z.B. Polizei) vorgehen, erschwert das Denken in gut und böse. Auch das Personal von Hilfsorganisationen wird zunehmend Zielscheibe der Gewalt:

„Now, rebels fight other rebels, the ties between some janjaweed fighters and the government have frayed, and the African Union troops charged with quelling the conflict find themselves targets as well.“⁷

Vor kurzem zitierte Reuters den gemeinsamen UN-AU Repräsentanten für Darfur Rodolpho Adada, der sagte, Darfur sei zu einem *low intensity conflict* geworden⁸. Laut UNAMID starben zwischen dem 01. Januar 2008 und dem 31. März 2009 „lediglich“ 2.000 Menschen durch Gewalt in der Region. Ein Drittel (ca. 670) davon waren Zivilisten. Verglichen mit Hochphasen der Gewalt 2003 und 2004, in denen zehntausende an Menschen getötet wurden, ist dies vergleichsweise wenig. Die Gefahr eines Konfliktes geringerer Intensität (*low intensity*) besteht für die Zivilbevölkerung darin, dass die internationale Berichterstattung nachlässt, irgendwann gar aufhört und in der Folge der Handlungsdruck auf die internationale Gemeinschaft schwächer wird. Ohne Schlagzeilen gerät das Leiden der Menschen in Konfliktgebieten leicht in Vergessenheit.

Es kann davon ausgegangen werden, dass der Konflikt andauert, weil Individuen oder Gruppierungen von ihm profitieren. Herfried Münkler beschreibt in seinem Buch *Neue Kriege* eine *Ökonomie des Krieges*⁹. Durch Interessengruppen, die von einem Streit profitieren, wird die Auseinandersetzung zusätzlich angeheizt. Reiche Geldgeber im Ausland unterstützen oft Kriegsstaaten finanziell, um ihren Interessen zu begegnen. Sogar Lieferungen humanitärer Organisationen nähren nicht nur die vertriebene bedürftige Bevölkerung, sondern auch den Konflikt selbst, da sie zum Teil von Kriegsparteien abgefangen werden. Die *Neuen Kriege* sind billig und werden auf Kosten der Zivilbevölkerung ausgetragen. Weiter zu erforschen bleibt, wer vom Krieg in Darfur wie profitiert und welche Motivation und Interessen die einzelnen Parteien haben. Vermehrt wurde angedeutet, dass die Regierung hinter den Rebellen, besonders hinter der JEM, den Regierungsoptionellen Hasan al-Turabi vermutet und folglich die Rebellen als Gefahr für ihre Machtposition sieht. Die *International Crisis Group*¹⁰ kommentierte in einem Bericht:

The belief that the Darfur rebellion has been hijacked by disaffected rival Islamists is a main reason behind the government's refusal to talk to the rebels, particularly JEM. The personal rivalry between Vice-President Taha and his ex-mentor Turabi for control of the Islamist movement and the country is being played out in Darfur, with civilians as the main victims.

⁷ NEW YORK TIMES (18. Oktober, 2005) *Chaos Grows in Darfur Conflict as Militias Turn on Government*. Abgerufen am 08. Juni 2009 unter <http://www.nytimes.com/2005/10/18/international/africa/18darfur.html>

⁸ CHARBONNEAU, LOUIS | REUTERS (27. April, 2009) *Darfur is now a ‚low-intensity conflict‘ – U.N.* Abgerufen am 08. Juni 2009 unter <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/N27531045.htm>

⁹ MÜNKLER, H. (2002) *Die Neuen Kriege*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

¹⁰ INTERNATIONAL CRISIS GROUP (2004) *ICG Africa Report, 76: Darfur Rising: Sudan's New Crisis*. Abgerufen am 23. Juni 2009 unter: <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=2550>

Weiter analysiert die *International Crisis Group*, dass die *National Congress Party* unter Bashir Darfur chaotisch halten will, um zu verhindern, dass sich eine geeinte Opposition bildet. Gleichzeitig siedelt die Regierung verbündete Gruppen in vorher „gesäubertem“ Land neu an und integriert mehr und mehr seine Janjaweed in offizielle Strukturen, anstatt sie, wie von der UN gefordert, zu entwaffnen. Diese Strategien seitens der Regierung waren auch 2008 und 2009 zu beobachten. Die Zersplitterung auf Rebellenseite kommt demnach der Regierung gerade recht. Die *Crisis Group* unterscheidet grob Rebellengruppen, die das *Darfur Peace Agreement* (DPA) 2006 unterschrieben haben, von denen, die dies nicht taten. Unterzeichnergruppen, besonders die SLA/MM unter Minni Minawi, waren demnach verantwortlich für Angriffe gegen Zivilisten, humanitäres Personal und einen Teil der Gewalt in den Vertriebenenlagern. Den Anführern dieser Unterzeichnergruppen wurden Regierungsjobs und Land gegeben. Rebellengruppen, die hingegen das DPA nicht unterschrieben haben, sind mehr und mehr zersplittert. Ihre Positionen werden so immer unübersichtlicher und präsentieren weniger diejenigen Menschen, für die sie zu kämpfen angeben (die Zivilbevölkerung). Somit scheint Darfur auch 2009 ein Schlachtfeld zu sein, auf dem Machtinteressen der Eliten ausgetragen werden. Die Unterstützung verschiedener bewaffneter Gruppen durch benachbarte Staaten wie den Tschad, Eritrea, oder Libyen legt auch dort machtpolitische Interessen nahe. Die Anzahl der Toten im Darfur Konflikt hält sich seit Jahren offiziell auf ungefähr gleichem Level. Genaue Angaben gibt es nicht, aber meist wird angegeben, dass laut UN Schätzungen um die 300.000 oder „hunderte tausende“ Menschen gestorben seien. Diese Ungenauigkeit hängt zum einen mit der Schwierigkeit zusammen, die Toten empirisch zu zählen – man muss sich auf Augenzeugenberichte verlassen und hat keine Möglichkeit der Kontrolle – zum anderen könnte es auch sein, dass Berichte noch höherer Opferzahlen die internationale Gemeinschaft noch mehr unter Handlungsdruck setzen würde. Das Regime Bashir hingegen, beharrt kontinuierlich darauf, lediglich um die 10.000 seien den Kämpfen zum Opfer gefallen.

2. Humanitäre Situation

Die humanitäre Situation in Darfur blieb auch in der Zeit von 2007 bis jetzt katastrophal. Die Regierung in Khartum fährt fort, Gewalt in Darfur zu sponsern, humanitäre Hilfe zu behindern und den Zugang zur Krisenregion zu beschränken. Noch immer gibt es keinen umfassenden und strategischen humanitären Plan. Flüchtlinge und Binnenvertriebene, von denen eine überproportional große Anzahl Frauen sind, befinden sich in schrecklicher und geschwächter Verfassung, sie sind Opfer sexuellen Missbrauchs und ohne angemessenem Schutz. Die Anzahl der Menschen in Gefahr wächst weiterhin. Die Not übersteigt bei Weitem die Fähigkeit von Hilfsorganisationen, Schutz, Nahrung und Gesundheit bereitzustellen. Die Flüchtlingslager sind zunehmend gewaltvoll, die Bewohner werden von allen Seiten beeinflusst wobei die Regierung in Khartum zum Teil versucht, die Flüchtlinge dazu zu bewegen, in unsichere Regionen zurückzukehren.

Meinungsverschiedenheiten unter Arabern tragen nun auch noch zur Unbeständigkeit der Situation in Darfur bei. Manche Stämme versuchen, Anspruch auf Land zu zementieren, während sich die hybride UN/AU Friedensmission in Darfur (UNAMID) aufstellt. Dies hat zu Streitigkeiten unter arabischen Stämmen geführt, die erkannt zu haben scheinen, dass die NCP (*National Congress Party*) kein verlässlicher Garant für ihre langfristigen Interes-

sen ist. Daher haben viele begonnen, ihren Schutz selbst in die Hand zu nehmen. Diese Entwicklung hat das Risiko arabischer Aufstände, sowie die Wahrscheinlichkeit von Bündnissen zwischen arabischen Gruppen und den hauptsächlich nicht-arabischen Rebellen-Gruppen erhöht und führt zu zunehmender Zersplitterung und Unübersichtlichkeit der Konfliktparteien. Es wurde auch die Befürchtung laut, der Konflikt könne in die benachbarte Region Kordofan, die hohe Ölvorkommen aufweist, überschwappen¹¹.

In einer öffentlichen Erklärung vom 16. Juni 2009 beanstandet Amnesty International¹², dass systematische Verletzungen der Bürger- und politischen Rechte im Sudan andauern. Willkürliche Verhaftungen, isolierte Haft, Folter und andere Formen von Misshandlungen sind im Sudan im letzten Jahr vermehrt zu beobachten gewesen. Diese Verletzungen – so die Erklärung – betreffen Zivilisten aus dem ganzen Sudan, jedoch besonders aus Darfur, unter ihnen Journalisten, Menschenrechts-Verteidiger, Frauen und Kinder. Besonders verschärft hat sich diese Entwicklung mit den Verhaftungen, die auf einen Angriff der JEM auf Khartum im Mai 2008 folgten, auch häuften sich Verhaftungen während der Zeit um den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes gegen Präsident Bashir. Hunderte von Zivilisten – hauptsächlich aus Darfur – sind verschwunden. Außerdem verurteilt Amnesty International in der Erklärung die Todesstrafe, die bis dato gegen 103 angebliche JEM Mitglieder – unter ihnen ein 17- und ein 16-jähriger – verhängt worden sind. Die Betroffenen haben Monate in isolierter Haft verbracht und unfaire Gerichtsverhandlungen durchlaufen, die sowohl internationales wie auch nationales Recht verletzen.

Ein weiteres neues Phänomen, das die humanitäre Lage in Darfur negativ beeinflusst, sind Entführungen und gezielte Gewalt gegen das Personal von Hilfsorganisationen, das 2008/2009 ein alarmierendes Ausmaß annahm¹³. Vor 2009 kamen Entführungen von humanitärem Personal so gut wie nicht vor¹⁴. Diese neue Unsicherheit für humanitäres Personal könnte sich sehr negativ auf die humanitäre Situation der Zivilisten in Darfur auswirken, wenn sie Hilfsorganisationen zum Abzug aus der Region veranlasst.

Große Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit der Menschen in Darfur hatte außerdem der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Bashir am 4. März 2009, auf den die Regierung in Khartum mit dem Landesverweis von 13 Hilfsorganisationen reagierte, die bis dahin für über 2 Millionen Vertriebene gesorgt hatten. Diese Organisationen, die mit ihren Installationen und ihrem Know-How 40 Prozent¹⁵ der Hilfe in Darfur geleistet hatten, konnten natürlich nicht einfach über Nacht ersetzt werden. Manche Camps (z.B.

¹¹ ASSOCIATED PRESS (29. Mai, 2009) *Sudan: Almost 250 people killed in tribal clashes*. Abgerufen am 09. Juli 2009 unter:

<http://www.zimbio.com/AP+News/articles/23593/Sudan+Almost+250+people+killed+tribal+clashes>

¹² AMNESTY INTERNATIONAL (16. Juni 2009) *Public Statement. Sudan: Amnesty International's statement to the human Rights Council*. Abgerufen am 12. Juli 2009 unter:

<http://www.amnesty.org/en/library/asset/AFR54/015/2009/en/66593935-6ef8-426c-9bf1-dbf3bb7e77fe/afr540162009eng.pdf>

¹³ RELIEF WEB (01 Januar, 2009) *Darfur Humanitarian Profile No. 34 – Situation as of 01 Jan 2009*. Abgerufen am 10. Juli 2009 unter: <http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900SID/EGUA-7QPR45?OpenDocument>

¹⁴ REUTERS (12. Juli 2009) *Kidnapped Darfur aid workers make regular contact: minister*. Abgerufen am 12. Juli 2009 unter: http://www.reuters.com/article/homepageCrisis/idUSHEA225202._CH_.2400

¹⁵ WARNER, MARGARET | THE ONLINE NEWS HOUR (30 März, 2009) *New Concerns Stir on Darfur's Humanitarian Situation*. Abgerufen am 10. Juli 2009 unter: http://www.pbs.org/newshour/bb/africa/jan-june09/darfur_03-30.html

Kalma Camp in Süd-Darfur) haben aus Protest jegliche Hilfe seitens der Regierung verweigert, was die humanitäre Lage der Menschen in diesen Camps verschlimmerte. Mittlerweile wurden 4 der 13 ausgestoßenen Organisationen wieder nach Darfur gelassen¹⁶. Dies bedeutet jedoch in keinsten Weise menschliche Sicherheit für die Bevölkerung Darfurs. Eine UN-Schätzung vom Januar 2009 nimmt an, dass 2,7 Millionen Menschen vertrieben und insgesamt 4,7 Millionen vom Konflikt in Mitleidenschaft gezogen sind.

3. Spill-Over Problem an der Grenze zum Tschad

Der zunächst auf die Darfur-Region begrenzte Konflikt involvierte nach und nach auch den angrenzenden Ost-Tschad. Nicht nur Flüchtlinge aus Darfur strömten in den Tschad, auch die Kampfhandlungen schwappten über die Grenze. Der Konflikt-Spill-Over entwickelte sich bis heute zum Stellvertreterkrieg zwischen dem Tschad und Sudan, wobei sich die beiden Regierungen gegenseitig vorwerfen, sie würden die je gegnerischen Rebellen unterstützen. Da die Unruhen im Tschad somit Teil des Darfur Konfliktes sind, werden im Folgenden die Geschehnisse im Tschad in ihrer chronologischen Abfolge nacherzählt (vergleiche ZIF Konfliktübersicht, 2009 S. 8).

Zunächst unterstützte der tschadische Präsident Idriss Déby noch das sudanesisches Regime. Bereits ab 2003 nutzten SLM/A und JEM das tschadische Territorium als Rückzugsgebiet vor der sudanesischen Regierung. Ein Versuch, die tschadische Armee gegen die darfurischen Rebellen zu mobilisieren, schlug fehl, da Déby die Zaghawa in seinem Land nicht dazu bringen konnte, gegen Stammesbrüder zu kämpfen. Im Januar 2004 strömten 200.000 Flüchtlinge aus Darfur in den Ost-Tschad. Bei der im Ost-Tschad lebenden Darfur-Ethnie verlor Déby durch seine Pro-Sudanesische Haltung massiv an Rückhalt. Ab 2004 kam es dann vermehrt zu Zusammenstößen zwischen der tschadischen Armee und Janjaweed Milizen. Im Februar 2005 begann Déby mit der Unterstützung von JEM-Splitterfraktionen aus Darfur, die von den Zaghawa dominiert sind. Im Dezember 2005 erklärte Déby Sudan den Krieg („*état de belligerence*“), nachdem ein ehemaliger Oberstleutnant der sudanesischen Armee die ost-tschadische Stadt Adré angriff. Déby wirft seitdem Khartum die Unterstützung tschadischer oppositioneller Rebellengruppen vor und Bashir wirft der Regierung in D'jamena die Unterstützung darfurischer Rebellen vor. Im gleichen Monat (Dezember 2005) wurden zwei tschadische Rebellengruppen, die Déby stürzen sollen, mit sudanesischer Unterstützung gegründet (Front Uni pour le changement (FUC); Rassemblement des Forces pour le Changement (RFC)). Unter libyscher Vermittlung kam es im Februar 2006 dann zum Abkommen von Tripolis, in dem sich Déby und Bashir verpflichten, die regimefeindlichen Rebellen des je anderen nicht zu unterstützen. Allerdings kam es bereits zwei Monate später zum Bruch: Janjaweed und tschadische Rebellen griffen Dörfer im Ost-Tschad an. Bald kam es zum Bürgerkrieg: am 13. April 2006 marschierte die FUC von Darfur aus durch die Zentralafrikanische Republik in Richtung N'Djamena, die tschadische Armee bekam daraufhin Unterstützung durch französische Truppen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Am 14. März 2006 beendete Déby die diplomatischen Beziehungen zu Khartum und zwei Tage später zog er sein Land aus den

¹⁶ BBC NEWS (12. Juni 2009) *Sudan ,allows aid agencies back'*. Abgerufen am 13. Juli 2009 unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/8096214.stmh>

in Darfur unter der Leitung der Afrikanischen Union geführten Gesprächen zurück – er forderte gleichzeitig, dass für die mittlerweile 200.000 Flüchtlinge aus Darfur ein neues Gastland gefunden werden müsse. Im Herbst 2006 kam es vermehrt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen tschadischen Rebellen und der tschadischen Armee; auch Angriffe der Janjaweed und von Rebellen auf die nicht-arabische Zivilbevölkerung nahmen zu. Im November 2006 wurde für weite Teile des Tschad der Ausnahmezustand ausgerufen. Rebellen übernahmen zunehmend die Kontrolle über den Osten des Landes (die Region, die an Darfur angrenzt). Bis dahin war die Anzahl der Binnenvertriebenen auf 100.000 angestiegen. Im Mai 2007 einigten sich Déby und Bashir im Versöhnungsabkommen (von Riad) auf die gemeinsame Überwachung der Grenze. Im September 2007 beschloss der UN Sicherheitsrat mit Resolution 1778 die Errichtung einer multidimensionalen Präsenz im Ost-Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik (MINURCAT), um zu verhindern, dass die Gewalt in Darfur noch weiter exportiert werde, und zum Schutz der Zivilbevölkerung. Ein im Oktober 2007 geschlossenes Friedensabkommen zwischen Déby und den wichtigsten tschadischen Rebellen wurde alsbald (im Februar/März 2008) gebrochen, als rund 4.000 von Khartum unterstützte Rebellen von der sudanesischen Grenze bis nach D'jamena vorstießen. Bei den blutigen Kämpfen unterstützte JEM die tschadische Armee – 700 Menschen mussten ihr Leben lassen. Im August 2007 legte dann die *Commission Nationale d'Enquête*, die eingesetzt worden war, um die Ereignisse vom Februar zu evaluieren, Déby ihren Bericht vor. Demnach lag die Verantwortlichkeit für willkürliche Hinrichtungen, Folter und Vergewaltigung auf beiden Seiten: den Rebellen und der tschadischen Armee. Nachdem im November 2007 Rebellen allen ausländischen Einheiten den Krieg erklärt hatten, billigte ungeachtet dieser Warnung die EU im Januar 2008 den Einsatz einer multinationalen Militäreinheit (EUFOR Tchad/RCA). Am 19. Januar 2009 kam es zu einem bedeutenden Zusammenschluss: die acht bedeutendsten Rebellenbewegungen des Tschad schlossen sich zur *Union of Resistance Forces* (IRF) zusammen mit dem erklärten Ziel, Déby zu stürzen. Die Überbrückungsmission der EUFOR Tchad/RCA endete im März 2009 und die Verantwortung wurde der UN Mission MINURCAT übergeben. Im Mai 2009 verschärfte sich der Konflikt zwischen Sudan und dem Tschad weiter: Khartum warf Deby vor, die tschadische Luftwaffe habe Angriffe auf Darfur geflogen. Die Regierung in N'Djamena hingegen sprach von Präventivmaßnahmen gegen osttschadische Rebellen, die vom Sudan unterstützt werden.¹⁷ Mehr als 290.000 Flüchtlinge und 180.000 tschadische Vertriebene suchten bisher Zuflucht im Ost-Tschad. Eine weitere Eskalation des Konflikts gefährdet die Sicherheit der Zivilbevölkerung in der umliegenden Region.

4. UNAMID

Nach langem diplomatischem Ringen autorisierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 31. Juli 2007 mit Resolution 1769¹⁸ die Entsendung der Friedensmission UNAMID

¹⁷ DER TAGESSPIEGEL (17. Mai, 2009) *Konflikt zwischen Sudan und Darfur verschärft sich*. Abgerufen am 09. Juli 2009 unter:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Sudan-Darfur-Tschad-Konflikt;art123,2800142>

¹⁸ UNITED NATIONS SECURITY COUNCIL (31. Juli 2007) *Resolution 1769*. Abgerufen am 11. Juli 2009 unter: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N07/445/52/PDF/N0744552.pdf?OpenElement>

(United Nations - African Union Mission in Darfur). Die UNAMID-Blauhelme wurden ermächtigt, zur Selbstverteidigung und zum Schutz von Zivilisten und humanitären Operationen auch Gewalt anzuwenden – nicht aber, illegale Waffen zu beschlagnahmen und Personen festzunehmen, die vom internationalen Strafgerichtshof gesucht werden. Mit maximal 19.555 Soldaten und 6.432 Polizisten sollte die UNAMID die größte Friedenstruppe der Welt werden. Ende Mai 2009 umfasste UNAMID jedoch gerade 16.402 Blauhelme¹⁹ und es ist ihr nicht gelungen, die Zivilbevölkerung wirksam zu schützen. Nicht nur das mangelhafte Mandat und die Schwierigkeiten, qualifizierte Soldaten und Gerät für die Mission zu bekommen, sondern auch Bashir's Politik der Verzögerung sind Grund für die bisher unvollständige Erfüllung der Mission (ZIF, 2009 p. 8):

Der Übergang von AMIS zu einer handlungsfähigen, gut ausgestatteten UNAMID Ende 2007 wird durch fehlende Transportkapazitäten sowie die Politik Khartums erschwert, so weigert sich die sudanesisische Regierung weiterhin, nicht-afrikanisch Truppen ins Land zu lassen, untersagt Nachtflüge und stellt der Mission nicht genügend Land zur Verfügung;

Diese Verzögerungstaktik wurde erst möglich, da die Resolution auf Drängen China's verlangt, dass Präsident Bashir ihr zustimmt. Bashir allerdings wollte einer Friedensmission nur zustimmen, wenn alle Soldaten aus Afrika kommen. Eine genügende Anzahl an ausgebildeten Soldaten war in Afrika aber nicht vorhanden²⁰.

Zusätzlich zu diesen Mängeln wird das Ausmaß des Mandats kritisiert, denn die Blauhelme dürfen die kriegereischen Parteien nicht entwaffnen, sondern lediglich bei Angriffen sich selbst und Vertreter humanitärer Organisationen verteidigen. Bis Januar 2009 lag die Zahl gefallener Blauhelme bei 30. Bei einem Angriff am 09. Juli 2009 wurden weitere 7 Peacekeeper getötet. Besonders deutlich wurde das Unvermögen der UNAMID im Januar / Februar 2009 als die Stadt Muhajeriya in Süd-Darfur von JEM Rebellen eingenommen wurde und es daraufhin zu wochenlangen Kämpfen mit Regierungstruppen kam, bei denen die Bewohner Muhajerivas Opfer grausamer Gewalt wurden. UNAMID erwies sich als unfähig, die Kampfhandlungen zu stoppen und musste sich selbst vor der Gewalt in Sicherheit bringen. Dies zog erneut große Kritik an der UNAMID auf sich²¹.

Um ihre Mission erfüllen zu können, sollte UNAMID von den Erfahrungen ihres Vorgängers AMIS lernen und das Mandat haben, pro-aktiver dabei vorzugehen, Zivilisten zu beschützen und auf Waffenstillstandsverletzungen zu reagieren. Die Sprecher von UNAMID sollten aktiv in Friedensgespräche involviert werden, um die Übereinstimmung dessen, was beschlossen wird und was möglich ist, zu sichern. Die internationale Gemeinschaft sollte UNAMID mehr Unterstützung geben, als sie AMIS zuteil werden ließ. Dies sollte starke Reaktionen inklusive Sanktionen, wenn nötig, beinhalten, um zukünftige Nichtein-

¹⁹ PEACE AND SECURITY SECTION OF THE UNITED NATIONS DEPARTMENT OF PUBLIC INFORMATION (31. Mai 2009) *Darfur – UNAMID – Facts and Figures*. Abgerufen am 11. Juli 2009 unter: <http://www.un.org/Depts/dpko/missions/unamid/facts.html>

²⁰ BBC NEWS (11. Oktober 2007) *Sudan red tape delaying UN force*. Abgerufen am 11. Juli 2009 unter: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/africa/7039300.stm>

²¹ AMNESTY INTERNATIONAL (3. Februar 2009) *Darfur: UNAMID must not desert civilians in Muhajeriya*. Abgerufen am 11. Juli 2009 unter: <http://www.amnesty.org/en/for-media/press-releases/darfur-unamid-must-not-desert-civilians-muhajeriya-20090203>

haltung von Abmachungen egal von welcher Seite sowie Handlungen, die den Friedensprozess behindern oder internationale Menschenrechte verletzen, bestrafen zu können.

5. Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes gegen Bashir

Am 4. März 2009 erließ der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes, Luis Moreno Ocampo, einen Haftbefehl gegen Präsident Bashir wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es war das erste Mal, dass vom Internationalen Strafgerichtshof ein Haftbefehl gegen einen noch amtierenden Präsidenten erlassen wurde. Der Fall war im August 2005 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an den Internationalen Strafgerichtshof übergeben worden (Resolution 1593), woraufhin Luis Moreno Ocampo am 14. Juli 2008 den Antrag auf einen Haftbefehl gestellt hatte. Da der Sudan kein Unterzeichner des Rom-Statuts ist, das dem Internationalen Strafgerichtshof zugrunde liegt, behauptet Bashir, das Gericht hätte keine Jurisdiktion über den Sudan. Unter Internationalem Recht jedoch hat der Gerichtshof de facto Jurisdiktion, da der Fall vom UN Sicherheitsrat unter Kapitel VII der UN Charter (Artikel 12 und 13 des Rom Statuts) an den Internationalen Gerichtshof übergeben wurde. Sudanesishe Behörden haben folglich die rechtliche Pflicht, jeden zu verhaften, dessen Name in einem ISGH Haftbefehl unter Sicherheitsrats-Resolution 1593 genannt wird.

Obwohl Khartum betont, ernsthaft eine friedliche Lösung zu suchen und auch Friedensgespräche ernst zu nehmen, dauern Angriffe von Regierungsseite (wie auch von Rebellen-seite) fort. Bisher hat sich Bashir erwartungsgemäß nicht dazu bereit erklärt, vor dem Gericht zu erscheinen und auch sudanesishe Behörden machen keine Anstalten, ihn auszuliefern. Eigentlich müsste ihm, sollte er den Sudan verlassen, von der Regierung desjenigen Landes, das er betritt, der Zutritt versagt werden und ihn an den ISGH ausliefern. Dies ist jedoch bis heute nicht passiert, obgleich er sich seit dem Haftbefehl beispielsweise in Eritrea und in Libyen aufgehalten hat. Luis Moreno Ocampo kritisiert seit März 2009 Bashir's und Sudan's Nichtbeachtung von UN-Resolution 1593 und die fehlende Kooperationsbereitschaft mit dem ISGH. Im Juli 2009 verabschiedete die Afrikanische Union eine Resolution, in der sie es ablehnt, mit dem ISGH im Fall Bashir zusammenzuarbeiten²².

Trotz allem vergrößert der Haftbefehl aber den internationalen Druck, eine friedliche Lösung für die Krise zu finden, ungemein. Als Reaktionen initiierte zum Beispiel die Arabische Liga Ende 2008 Friedensgespräche zwischen der Regierung des Sudan und unterschiedlichen Rebellengruppen in Qatar, die allerdings im Juni 2009 ergebnislos beendet wurden. Auch Ägypten, das ein strategisches Interesse an Frieden im Sudan hat, startete im Juli 2009 Friedensgespräche mit Rebellengruppen sowie mit der Regierung²³.

Amnesty International begrüßt den Haftbefehl gegen Bashir und verlangt, dass auch der Regierungsminister Ahmad Harun und Janjaweed Milizen-Führer Ali Kushayb, gegen die der ISGH im April 2007 Haftbefehle wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die

²² AMNESTY INTERNATIONAL (06. Juli 2009) *African Union Refuses to cooperate with bashir arrest warrant*. Abgerufen am 12. Juli 2009 unter: <http://www.amnesty.org/en/news-and-updates/african-union-refuses-cooperate-bashir-arrest-warrant-20090706>

²³ BBC NEWS (12. Juli 2009) *Darfur peace talks held in Egypt*. Abgerufen am 12. Juli 2009 unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/8146335.stm>

Menschlichkeit erlassen hat, verhaftet oder ausgeliefert werden²⁴. Auch wenn der Haftbefehl kurzzeitig fatale Auswirkungen auf die humanitäre Situation der Menschen in Darfur hatte, da er Bashir veranlasste, 13 Hilfsorganisationen aus Darfur auszuweisen, kann er als symbolischer Akt und wichtiger Schritt gesehen werden, gegen die Straflosigkeit, die den Konflikt in Darfur antreibt und verschlimmert hat, anzugehen.

6. Ausblick

Von der Entwicklung des Konfliktes bis heute zu urteilen, ist ein Ende der untragbaren Situation der Menschen Darfurs und ein Ende des Konfliktes nicht in Sicht. Trotz AMIS und UNAMID, trotz Haftbefehl des ISGH gegen Bashir, trotz medialer Aufmerksamkeit und trotz der Arbeit unzähliger Nichtregierungsorganisationen mit dem Ziel, Menschenleben zu schützen, hat es das Regime in Khartoum bis heute geschafft, eigensinnig seine Politik der Marginalisierung, Unterdrückung und der verbrannten Erde zu verfolgen – ungestraft. Offensichtlich versäumt es die Regierung willentlich, die Bevölkerung in Darfur vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Nach dem neuen Paradigma der *Responsibility to Protect*²⁵ verwirkt sie dadurch ihre Souveränität, und die Pflicht, die Menschen in Darfur zu schützen, geht auf die internationale Gemeinschaft über – humanitäre Intervention wird zu Pflicht. Mit UNAMID und Haftbefehlen des ISGH haben sich die internationalen Regelwerke in Bewegung gesetzt. Um den Menschen in Darfur zu helfen, muss der Handlungsdruck auf die Internationale Gemeinschaft weiter erhöht werden. Bis dahin müssen Hilfsorganisationen fortfahren, Vertriebene und Opfer der Gewalt am Leben zu halten. Die internationale Öffentlichkeit darf das Leiden der Menschen in Darfur nicht vergessen – die Kriegsverbrechen der Verantwortlichen dürfen nicht ungestraft bleiben.

²⁴ AMNESTY INTERNATIONAL (04. März 2009) *ICC issues arrest warrant for Sudanese President Al Bashir*. Abgerufen am 12. Juli 2009 unter: <http://www.amnesty.org/en/news-and-updates/news/icc-issues-arrest-warrant-sudanese-president-al-bashir-20090304>

²⁵ Das Paradigma und seine Validität werden derzeit in der internationalen Gemeinschaft erneut diskutiert, manche Länder fürchten es als neue Form des Imperialismus der westlichen Welt. NEW YORK TIMES (22. Juli 2009) *When to step in to stop war crimes causes fissures*. Abgerufen am 26. Juli 2009 unter: http://www.nytimes.com/2009/07/23/world/23nation.html?_r=1&scp=7&sq=Responsibility%20to%20protect&st=cse

Anhang

Zu Abspaltungen der JEM zählen

National Movement for Reform and Development	Seit Juni 2004, durch die tschadische Regierung bewaffnet, Teil der NRF, unter Jibril Abdel Karim Bari
JEM-Field Revolution Command	Seit Anfang 2005, Zusammenschluss mit SLM/AS Ende 2007, unter Mohamed Saleh Harba
JEM-Wing for Peace	Seit Mai 2006, kooperiert mit der SLM/Free Will, unter Abdelrahim Abu-Risha
Darfur Independence Front/Army	Seit August 2007, fordert Unabhängigkeit Darfurs, unter Mohamed Idris Azraq
JEM-Collective Leadership	Seit Oktober 2007, unter Baher Idriss Abugarda

Von der SLM/A spalteten sich folgende Bewegungen ab

SLM/MM	Seit Mai 2006, MM steht für Minni Minawi, repräsentiert die Zaghawa, beteiligt sich an Einsätzen der Regierung gegen Rebellengruppen, hin und wieder kommt es auch zu Zusammenstößen der SLM/MM mit der Regierung/den Janjaweed, seit August 2006 ist Minni Minawi Berater der Zentralregierung, sein Rückhalt in der darfurischen Bevölkerung ist gering
SLM/AW	Seit Juli 2006, repräsentiert die Fur, starker Rückhalt in der darfurischen Bevölkerung, repräsentiert die ursprüngliche SLM/A, unter Abdel-Wahid Mohamed al-Nur
SLM/Khamees	Seit Juni 2006, unter ehemaligem Vizepräsident der SLM/A Khamees Abdallah (Masalit)
SLM/AS	Seit Juli 2006, auch: SLM/Classic, gute Verbindungen zu NRF und G19, unter Mitbegründer der SLM/A Ahmed Abdel Shafie (Fur)
SLM-Group of 19	Seit Ende 2005, auch: G19, Anschluss an NRF im

	Juli 2006, große Unterstützung in der Bevölkerung, kooperiert mit SLM/AW, keine offizielle politische Führung bekannt
SLM/Unity	Seit Herbst 2006, zeigt Ende 2007 größte militärische Präsenz in Darfur, mittlerweile zersplittert unter den Führungen Abdullah Yahya und Sharif Harir
SLM/Free Will	Politische und militärische Kooperation mit JEM-Wing for Peace, schwache militärische Präsenz, unter Abdel Rahman Musa (seit Februar 2007 sudanesischer Staatsminister)
Great Sudan Liberation Movement	Seit Januar 2007, protestiert gegen die mangelnde Umsetzung des DPA
Mother of All SLAs	Seit Juli 2007

Zu den weiteren Allianzen und Konfliktakteuren zählen laut ZIF die

National Redemption Front	Seit Juni 2006, loser militärischer Zusammenschluss bestehend aus Teilen der JEM und der SLM/ Khamees sowie der Sudan Federal Democratic Alliance, unterstützt von Eritrea, Tschad, Libyen, konzipiert als Dachverband für alle das DPA ablehnende Rebellengruppen, wichtige militärische Präsenz, gegründet von Khalil Ibrahim
Revolutionary Democratic Forces	Seit 2006, unter Salaa Abdurahman Abussra
Sudan Federal Democratic Alliance	Seit 1994, schwache militärische Präsenz, von im Ausland lebenden darfurischen Oppositionellen gegründet
United Front for Liberation and Democracy	Seit Juli 2007, loser Zusammenschluss von SLA/Khamees, SLM/Unity, RDFF, NMRD, SFDA, von Eritrea unterstützt, keine militärische Kooperation
United Revolutionary Forces Front	Seit Mitte 2007, gegründet von Muhamed Brima, derzeit unter Ibrahim Ahmed Abdallah al Zebati
United Resistance Front	Seit November 2007, Dachverband bestehend aus NMRD, URFF, zwei SLM-Splitterungen und einer JEM-Abspaltung, im Mai 2008 schließen sich

URFF, SLA/Khamees, SLA Bakheit/Shogar, NMRD und JEM Collective Leadership unter dem Schirm URF zusammen, im Juli 2008 treten Shogar, Abakr und al Zubaidi aus der RUF aus, unter Bahar Idriss Abu Garda

Zusammenschlüsse von Konfliktparteien

Im **Dezember 2007** bestätigte Abdul Wahid Al-Nur, dass Mohammed Ali Hamiditi, Leiter einer starken **Janjaweed-Gruppe**, zusammen mit 20.000 schwer bewaffneten Kämpfern ein **Bündnis mit der SLA** geschlossen hat.

Im **Februar 2008** schloss sich die **arabische Sudanese Revolutionary Front** der **JEM** an.

Im **November 2007** vereinigten sich **sechs SLM/A-Fraktionen**, die **JEM-Field Revolutionary Command**, die **Democratic Popular Front** und die **Sudanese Revolutionary Front** wieder unter dem **Dach der SLM/A** (ohne Minni Minawi und Abdel Wahid)

Im **Juni 2008** schlossen sich **fünf Rebellengruppen** (SLM – Peace Wing (Ibrahim Madi-bu), SLM – Free Will (Abdul Rahman Musa), SLM mother movement (Abdul Qadim Imam), JEM – Peace Wing (Abdul Rahim Abu Rishah) und Popular Force for Democratic Rights (Hisham Nurin)), **die Unterzeichner des DPA** sind, zu einer Allianz zusammen.

Im **Juli** desselben Jahres verkündeten **SLM-Unity** und die **URF** ihren Zusammenschluss.

Schließlich im **März/April 2009** schloss sich der ehemalige **Kommandeur der SLM, Adam Ali Shoggar**, der **JEM** an.

Anfang April folgt **Suleiman Jamous mit 28 Kommandeuren der SLM-Unity**. Suleiman Jamous tritt für die Wiedervereinigung der zersplitterten Rebellengruppen ein und ist seit 2003 in Zusammenarbeit mit den UN zuständig für die Implementierung humanitärer Hilfsmaßnahmen.